**Pressemitteilung**

Politische Geisterfahrt beim LNG-Ausbau stoppen!

Berlin, 26.04.2024

Bezug:

Anlagen:

**Ina Latendorf, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

**Funktionen:**

Agrarpolitische Sprecherin der Gruppe DIE LINKE im Bundestag

Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitglied im Ausschuss für Tourismus

**Wahlkreisbüro**

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu den Klagen von Deutscher Umwelthilfe und Naturschutzbund ist natürlich zu akzeptieren. Die politische Geisterfahrt der Bundesregierung allerdings nicht“, erklärt Ina Latendorf, Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern.

„Obwohl das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mittlerweile belegt hat“, so Ina Latendorf weiter, „dass der aktuell vorangetriebene LNG-Ausbau nicht (mehr) notwendig ist – und obgleich es weitere begründete umweltpolitische Sorgen gibt, auch von bundeseigenen Forschungsinstituten wie dem Thünen-Institut für Ostseefischerei, drückt die Bundesregierung das LNG-Projekt vor Rügen und im Greifswalder Bodden einfach weiter durch.“

Ina Latendorf erläutert: „Das Gericht bezieht sich auf die im LNG-Beschleunigungsgesetz als notwendige Bedingung genannte Gasmangellage. Das ist Rechtslage, und dem Gericht bleibt hier nichts anderes übrig. Es ist die politische Verantwortung der Bundesregierung, die Gasmangellage entweder inhaltlich zu begründen oder aufgrund neuer Erkenntnisse endlich als beendet zu erklären. Dann fiele das ganze LNG-Beschleunigungsgesetz in sich zusammen. Und dann wäre der unschätzbar wertvolle Naturraum bei uns im Norden auch als wichtige Tourismusregion gerettet.“

Ina Latendorf resümiert: „Zu alldem kommt noch hinzu, dass darüber hinaus gehende Bedenken weiterhin kaum beachtet werden: spezieller Brandschutz und Katastrophenpläne, Fragen der Entsorgung spezieller Reinigungsstoffe und Arbeitssicherheit. Alles, was nun passiert, ist die Verantwortung der rot-grün-gelben Bundesregierung. Sie muss sie dann auch tragen – ehrlicherweise bis zum notwendigen Stopp des LNG-Ausbaus.“